

Innere Sicherheit“

Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille

0. Inhalt

- 1. Einleitung: In Freiheit und Sicherheit leben**
- 2. Das haben wir seit dem Regierungswechsel erreicht**
- 3. Sicherheit gewährleisten, Freiheit ermöglichen – Das haben wir noch vor**
- 4. Zahlen, Daten und Fakten zur Lage der inneren Sicherheit in Deutschland**

1. In Freiheit und Sicherheit leben

Die Menschen in Deutschland wollen **frei und sicher leben**. Im **Grundsatzprogramm der CDU** - beschlossen auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember 2007 in Hannover - heißt es: *„Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Sie schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander.“* Wir haben damit einmal mehr klargestellt, dass wir eine andere Auffassung von einem starken Staat und von der Inneren Sicherheit haben als die Parteien im linken Spektrum. Wir sehen Sicherheit vor allem als eine Voraussetzung von Freiheit und nicht zuallererst als deren Einschränkung. Denn nur wer keine Angst hat, kann in Freiheit leben. Recht und Ordnung durchsetzen und die Freiheit der Bürger schützen – diese Ziele bringt unsere Politik in ein vernünftiges Gleichgewicht.

Vergleicht man die Kriminalstatistik der Länder, wird deutlich: Dort, wo die Union in Deutschland regiert, leben die Menschen sicherer. So gab es im Jahr 2008 in den unionsregierten Ländern Bayern (5.203) und Baden-Württemberg (5.505), Thüringen (6.230), Hessen (6.708) und Sachsen (7.009) bundesweit die wenigsten Straftaten auf 100.000 Einwohner. Die SPD-geführten Stadtstaaten Berlin (14.131) und Bremen (14.282) bilden hingegen das Schlusslicht dieser Statistik.

Die CDU will, dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt bleibt. Die Verhinderung von Straftaten, der Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Aufklärung und Ahndung von Verbrechen und Vergehen sind unabdingbare Vor-

aussetzungen für ein **friedliches Zusammenleben** der Bürger und das **Vertrauen in den Staat**.

Deutschlands Sicherheitsbehörden leisten hervorragende Arbeit und genießen bei den Bürgern ein hohes Maß an Vertrauen. Wir erleben heute neue Formen von Bedrohung. **Terrorismus und Organisierte Kriminalität** gehören zu den größten dieser Bedrohungen. Sie stehen im Widerspruch zu Freiheit und Sicherheit und damit zu den höchsten Werten, die unser Grundgesetz prägen.

Deutschland ist Teil eines **weltweiten Gefahrenraums**. Darauf müssen wir uns einstellen. Nur so kann der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützen und bewahren. **Innere und äußere Sicherheit** sind nicht mehr strikt voneinander zu trennen. Die Zuordnung von Gefahren kann heute nicht allein nach den Kriterien von „innen“ und „außen“, sondern muss nach der Qualität eines Angriffs erfolgen. Wir wollen die Fähigkeiten der inneren und äußeren Sicherheit vernetzen, um insbesondere terroristische Bedrohungen wirksam abwehren zu können. Deshalb muss in besonderen Gefährdungslagen zur Stärkung des Heimatschutzes ein **Einsatz der Bundeswehr im Inneren** mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophenschutz sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren ergänzend zur Polizei des Bundes und der Länder im Rahmen festgelegter Grenzen möglich sein. Hierfür sind klare verfassungsrechtliche Grundlagen zu schaffen. Die strikte Trennung von Polizei und Militär muss dabei gewahrt bleiben.

Die CDU sorgt bestmöglich für **Sicherheit im Alltag** und für **Sicherheit vor Ort**. Wir wollen, dass sich alle Bürger auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, auf Bahnhöfen zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. In den **öffentlichen Räumen** muss durch präventive Stadtgestaltung, bessere Beleuchtung, den verstärkten Einsatz von Videokameras an Brennpunkten und präventives Sozialmanagement Verwahrlosung, Graffiti-Schmierereien, Vandalismus, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen sowie Gewalt vorgebeugt werden. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume geben.

2. Das haben wir seit dem Regierungswechsel erreicht

Die Politik der unionsgeführten Bundesregierung hat seit 2005 - trotz neuer terroristischer Bedrohungen - die Sicherheit in unserem Land gewährleistet, ohne bürgerliche Freiheiten unnötig einzuschränken.

- Die CDU hat die **Instrumentarien zur Abwehr terroristischer Aktivitäten** erfolgreich fortentwickelt. Nunmehr können die Nachrichtendienste ihre von Luftfahrtunternehmen, Banken, Post-, Telekommunikations- und Teledienstunternehmen eingeholten Informationen zur Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen im Inland einsetzen. Das ermöglicht eine bessere Aufklärung in der Grauzone zwischen Extremismus und Terrorismus, etwa gegen so genannte „Hassprediger“.
- Mit der **zentralen Antiterrordatei** hat die CDU ein effektives Frühwarnsystem geschaffen, das terrorismusrelevante Informationen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder miteinander vernetzt.
- Die CDU hat durchgesetzt, dass das **Bundeskriminalamt zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus bereits vorbeugend tätig werden kann**. Um etwa Terrorplanungen im Internet zu verhindern, haben wir die Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen geschaffen, die unter strengen rechtsstaatlichen Voraussetzungen bei konkreter Gefährdung künftig möglich sind.
- Dem langjährigen Drängen der CDU ist es zu verdanken, dass **terroristische Vorbereitungshandlungen**, insbesondere die Ausbildung in einem „Terrorcamp“, nunmehr unter Strafe gestellt sind.
- Ebenso ein Erfolg der CDU ist die Wiedereinführung der **Kronzeugenregelung** bei terroristischen Straftaten und anderen schwersten Straftaten, die zum Kernbereich der Organisierten Kriminalität gehören.
- Wir haben uns mit Erfolg für den **Ausbau des Schengen-Informationssystems** eingesetzt. Dieses Personen- und Sachfahndungssystem muss eine noch schnellere und effektivere Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden gewährleisten.

- Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben wir zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch** zwischen den EU-Mitgliedstaaten verbessert (automatisierter Austausch von DNA-, Fingerabdruck- und Kfz-Registerdaten). Die CDU setzt sich dafür ein, dass Informationsaustausch und ein **einheitlich hohes Niveau des Datenschutzes** in Europa Hand in Hand gehen.

3. Sicherheit gewährleisten, Freiheit ermöglichen – Das haben wir noch vor

Die Sorge um den Schutz der Bürger und eine konsequente Bekämpfung der Kriminalität bleiben weiterhin ein zentrales Anliegen der CDU. Wir wollen den Schutz der Menschen in Deutschland weiter stärken.

- Der Justizvollzug muss den Sicherheitsinteressen der Bürger Rechnung tragen. Die Bürger müssen vor **rückfälligen Straftätern** wirksam geschützt werden. Bestehende Lücken bei der Sicherungsverwahrung werden wir daher schließen. **Opferschutz** geht vor Täterschutz.
- Die CDU setzt sich für eine **gut ausgestattete, orts- und bürgernahe Polizei** ein. Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl – gerade auch der älteren Bürger. Polizisten werden zunehmend zur Zielscheibe von Gewalt. Sie verdienen unseren Schutz. Der Strafanspruch des Staates ist hier konsequent zur Geltung zu bringen.
- Wir werden Angebote stärken, die **vorbeugend gegen Gewalt- und Kriminalitätskarrieren** oder das Abgleiten in Extremismus wirken. Wir setzen uns dafür ein, dass neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die **Anordnung eines „Warnschussarrests“** möglich ist. Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zum 21. Lebensjahr die **Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall**, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen. Wir wollen, dass für schwerste Verbrechen eine **Jugendstrafe von bis zu 15 Jahren** statt maximalen 10 Jahren verhängt werden kann. Wir treten dafür ein, das **Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht** zu verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten zu eröffnen.

- Wir treten für eine stärkere **Bündelung der Aktivitäten im Kampf gegen Internet-Kriminalität** ein, auf internationaler Ebene wollen wir die Zusammenarbeit ausbauen. Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die entsprechenden Einrichtungen der Länder sind hierfür personell und technisch weiter zu stärken. Die Bemühungen um die **Aufklärung der Nutzer** und die **Verbesserung der Medienkompetenz** müssen intensiviert werden. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.
- Zur Abwehr der Gefahren durch Terrorismusverdächtige und durch kriminelle Ausländer wollen wir das **Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen**. Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können. Wir wollen eine **nationale Visa-Einlader- und Warndatei** errichten, um Visamissbrauch effektiv zu bekämpfen.
- Wir treten **Extremisten aller Art** entschlossen entgegen. Die **wehrhafte Demokratie** darf auf keinem Auge blind sein. Es darf in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Unrecht und Willkür nirgendwo weichen. Dafür wollen wir Sorge tragen.
- Wir werden die **grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit** zum Schutz der Außengrenzen der EU weiter ausbauen. **EUROPOL** muss als Kompetenzzentrum für Informationen und koordinierende Unterstützung weiter entwickelt werden.

Die CDU steht weiterhin für eine Politik der Inneren Sicherheit, die sich den Bedrohungen von Freiheit und Recht durch Kriminalität und Gewalt, Terrorismus und Extremismus entschieden entgegenstellt.

4. Zahlen, Daten und Fakten zur Lage der inneren Sicherheit in Deutschland

a. Polizeiliche Kriminalstatistik

Gemäß der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurden in Deutschland im Jahr 2008 6.121.463 Straftaten polizeilich registriert (die Zahlen für das Jahr 2009 liegen erst im Mai/Juni 2010 vor). Gegenüber dem Vorjahr war damit bundesweit ein Rückgang um 2,6 Prozent zu verzeichnen. Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre wurde damit fortgesetzt.

Im Vergleich zum Jahr 1993 (6.750.613 Straftaten) sank die Zahl der Straftaten um insgesamt 9,4 Prozent. Die Gesamtaufklärungsquote lag mit 3.353.473 (aufgeklärten Fällen) im Jahr 2008 bei 54,8 Prozent. Nach dem Höchststand der Gesamtaufklärungsquote im Jahre 2006 (55,4 Prozent) ist ein leichter Rückgang um 0,6 Prozent eingetreten. Bei gravierenden Gewaltdelikten, wie etwa Vergewaltigung, gefährlicher oder schwerer Körperverletzung, war die Aufklärungsquote leicht rückläufig, bei Raubdelikten, Mord und Totschlag stieg sie jedoch leicht an.

Die Anzahl der Tatverdächtigen (insgesamt) sank im Jahr 2008 um 1,7 Prozent auf 2.255.693. Die Zahl der erfassten deutschen Tatverdächtigen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr (um 1,1 Prozent auf 1.784.626), erneut reduzierte sich die Anzahl nichtdeutscher Tatverdächtiger, und zwar um 2,5 Prozent auf 471.067. Der Tatverdächtigenanteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sank mithin im Vergleich zum Vorjahr von 21,4 Prozent auf 20,9 Prozent. Dies entspricht dem niedrigsten Stand seit 1993 (33,6 Prozent).

Im Jahr 2008 betrug der Anteil der Kinder an den Tatverdächtigen insgesamt 4,5 Prozent. Die absolute Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent auf 101.389 leicht gesunken. Die Anzahl der tatverdächtigen deutschen Kinder betrug 84.391 und ist damit seit dem Vorjahr nahezu konstant geblieben, während die der nichtdeutschen Kinder um 3,7 Prozent auf 16.998 zurückgegangen ist.

Wie schon in den Vorjahren wurde auch im Jahr 2008 das Gesamtbild der Kriminalität in Deutschland durch die Diebstahlskriminalität bestimmt. Der Anteil dieses Deliktsbereiches an der Gesamtkriminalität lag bei 40 Prozent, sank aber gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent auf 2.443.280 Fälle.

Die registrierte Gewaltkriminalität erfuhr mit 210.880 Fällen im Jahr 2008 erstmals seit 1999 einen Rückgang, und zwar insgesamt um 3,2 Prozent und 7.038 Fälle. Der jahrelange, bis 2007 anhaltende Anstieg der registrierten Gewaltkriminalität und der vorsätzlichen leichten Körperverletzung, ist zum einen auf ein insgesamt gestiegenes Gewaltpotenzial in Teilen der Gesellschaft und zum anderen auf ein durch polizeiliche Sensibilisierung erhöhtes Anzeigeverhalten der Bevölkerung sowie eine Intensivierung der polizeilichen Ermittlungstätigkeit zurückzuführen.

Die Verwendung von Schusswaffen weist seit Jahren einen rückläufigen Trend auf, der auch auf die Novellierung des Waffenrechts im Jahre 2003 zurückgeführt werden kann. Während im Jahr 2007 in 7.883 Fällen mit einer Schusswaffe gedroht wurde, waren es im Jahr 2008 noch 6.994 Fälle, was einem Rückgang von 11,2 Prozent entspricht. In 4.371 Fällen wurde geschossen (2007: in 4.558 Fällen).

Für den sexuellen Missbrauch von Kindern ist, nachdem 2007 eine geringe Steigerung zu verzeichnen war, 2008 der niedrigste Wert (-5,6 Prozent auf 12.052 Fälle) seit 1993 zu verzeichnen. Nach wie vor ist in diesem Deliktsbereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen.

Im Bereich der Rauschgiftkriminalität konnte der negativen Entwicklung der letzten Jahre mit einer erneuten Verringerung um 3,4 Prozent auf 239.951 Fälle verstärkt Einhalt geboten werden.

b. Politischer Extremismus

Nach wie vor richten politische Extremisten von links und von rechts ihre Bestrebungen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Mit großer Sorge beobachten wir insbesondere gewalttätige Ausschreitungen, auch die anhaltend brutale Auseinandersetzung zwischen rechts- und linksextremistischen Organisationen. Ausländerfeindliche Straftaten bedrohen das friedliche Zusammenleben und schädigen das internationale Ansehen unseres Landes.

Die CDU verurteilt entschieden die Übergriffe auf ausländische Mitbürger. Sie sind ein Angriff auf unsere Rechts- und Werteordnung und eine Herausforderung für unsere Demokratie. Wir verurteilen gleichermaßen gewalttätige Auseinandersetzungen ausländischer Gruppierungen in Deutschland untereinander sowie Übergriffe auf Deutsche. Feige Anschläge und gewalttätige Ausschreitungen müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Gewalttäter müssen konsequent dingfest gemacht und umgehend verurteilt werden.

Allein für das Jahr 2008 wurden 31.801 politisch motivierte Straftaten erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein deutlicher Anstieg um 10,2 Prozent (2007: 28.538) erkennbar bei einem insgesamt hohen Niveau, auf dem sich die politisch motivierten Straftaten angesiedelt haben. In dieser Zahl sind 16.036 (50,5 Prozent) Propagandadelikte und 2.529 Delikte (8,0 Prozent) der politisch motivierten Gewaltkriminalität enthalten.

aa. Linksextremismus

Linksextremisten verfolgen das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung – von ihnen als kapitalistisch, imperialistisch und rassistisch diffamiert – zu beseitigen und an deren Stelle eine totalitäre sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine aus ihrer Sicht herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten. Das politische Handeln wird bestimmt durch revolutionär-marxistische oder anarchistische Ideologien. Vielfältige Aktionsformen - wie etwa öffentliche Kundgebungen, Plakataufrufe, periodische Schriften, sowie die Beteiligung an Wahlen und Versuche der verdeckten Einflussnahme in gesellschaftlichen Gruppen – charakterisieren linksextremistische Gruppen.

Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften waren Ende 2008 etwa 31.200 Personen (2007: 30.800) Organisationen und sonstigen Personenzusammenschlüssen zuzurechnen, bei denen zumindest Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen feststellbar sind.

Das Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten in überwiegend anarchistisch orientierten Gruppierungen umfasste Ende 2008 wie im Jahr zuvor rund 6.300 Personen, darunter bis zu 5.800 (2007: bis zu 5.800), die sich selbst als Autonome bezeichnen. Bei marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen

Zusammenschlüssen war mit insgesamt 25.200 Personen (2007: 24.800) erstmals seit 2003 wieder ein Anstieg der Mitgliederzahl festzustellen.

Auch im Jahr 2008 verübten Linksextremisten schwere Straftaten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, u. a. Brandstiftungen und Sachbeschädigungen in Millionenhöhe. Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ wurden 6.724 (2007: 5.866) Straftaten, hiervon 1.188 (2007: 1.247) Gewalttaten, zugeordnet. In diesem Bereich wurden 3.124 (2006: 2.765) Straftaten mit extremistischem Hintergrund, darunter 701 (2007: 833) Gewalttaten, erfasst. Damit stieg die Zahl der politisch links motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund um 13 Prozent, die der Gewalttaten ging um 15,8 Prozent zurück.

Als häufigste Deliktsart fielen die Sachbeschädigungen mit 47 Prozent auf. Innerhalb der Gewaltdelikte hatten Körperverletzungen mit 359 Fällen (51,2 Prozent) den größten Anteil, gefolgt von Landfriedensbruch (21,2 Prozent), Widerstandsdelikten (12,7 Prozent) und Brandstiftung (8,8 Prozent).

bb. Rechtsextremismus

Die rechtsextremistische Gedankenwelt wird von nationalistischen und rassistischen Anschauungen geprägt. Sie wird von der Vorstellung bestimmt, die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse mache den Wert des Menschen aus. Diesem Kriterium sind auch die Menschen- und Bürgerrechte nach rechtsextremistischem Verständnis unterzuordnen. Rechtsextremisten propagieren ein autoritäres politisches System, in dem oftmals der Staat und ein ethnisch homogenes Volk als angeblich natürliche Ordnung in einer Einheit verschmelzen.

Ende 2008 gab es in Deutschland 156 (2007: 180) rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten lag mit 30.000 etwas unter der des Vorjahres (31.000).

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten sank geringfügig auf 9.500 (2007: 10.000). Zu den gewaltbereiten Rechtsextremisten werden auch diejenigen Rechtsextremisten ge-

zählt, die – ohne bislang Gewalttaten verübt zu haben – eine Gewaltanwendung befürworten. Dazu gehören als weitaus größte Gruppe die Skinheads.

Die Zahl der Neonazis stieg hingegen um neun Prozent auf 4.800 (2007: 4.400). Der Organisationsgrad der Neonazi-Szene ist mit 87 (2007: 107) Gruppierungen, die ein Mindestmaß an organisatorischen Strukturen erkennen ließen, gesunken. Die Zahl der neonazistischen Demonstrationen hat sich dagegen 2008 auf rund 80 (2007: 66) erhöht.

Die Mitgliederentwicklung in den rechtsextremistischen Parteien war durch einen leichten Rückgang bei der NPD auf 7.000 und einen Rückgang der Mitgliederzahlen bei der DVU von 7.000 (2007) auf 6.000 (2008) gekennzeichnet. Die Zahl der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen blieb mit 65 (2007: 69) annähernd gleich. Diesem Spektrum gehörten rund 3.800 (2007: 4.000) Mitglieder/Aktivisten an.

Das Internet bleibt für Rechtsextremisten eine bedeutende Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologie, Mobilisierung ihrer Anhänger und Werbung neuer Sympathisanten. Die Anzahl der von Deutschen betriebenen rechtsextremistischen Internetpräsenzen blieb auch 2008 konstant bei etwa 1.000, wobei innerhalb dieser Gesamtzahl weiterhin eine äußerst hohe Fluktuation der rechtsextremistischen Homepages zu beobachten ist. Nach wie vor werden anlassbezogene Sonderseiten zu Demonstrationen, Kampagnen und sonstigen Veranstaltungen ins Netz gestellt.

Die Zahl der periodischen rechtsextremistischen Publikationen ist auf 78 (2007: 96, 2006: 86) gesunken. 46 Publikationen erschienen mindestens quartalsweise.

Seit 2006 ist bei der Zahl der jährlich durchgeführten rechtsextremistischen Konzerte eine rückläufige Tendenz feststellbar, die sich auch 2008 fortsetzte. So wurden im Berichtszeitraum mit 127 Konzerten (2007: 138) erneut weniger Veranstaltungen als im Vorjahr durchgeführt. Die durchschnittliche Besucherzahl entsprach mit 150 Personen dem Mittelwert der letzten Jahre. Die Mehrzahl der Konzerte hatte zwischen 100 und 300 Teilnehmer. An 11 Veranstaltungen nahmen mehr als 300 Personen teil (2007: 15 Veranstaltungen). Damit hält der Trend zu Konzerten mit kleiner Teilnehmerzahl an.

Für das Jahr 2008 wurden dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ 20.422 (2007: 17.607) Straftaten, hiervon 69,9 Prozent - 14.283 (2007: 11.954) - Propagandadelikte und 1.113 (2007: 1.054) Gewalttaten, zugeordnet. In diesem Bereich wurden 19.894 (2007: 17.176) Straftaten mit extremistischem Hintergrund, darunter 1.042 (2007: 980) Gewalttaten erfasst. Damit stieg die Zahl der politisch motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund um 15,8 Prozent, die der Gewalttaten um 6,3 Prozent.

cc. Islamistischer/Islamistisch-terroristischer Extremismus

Die Gefährdung der inneren Sicherheit durch islamistische Terroristen war auch 2008 unverändert hoch. Deutschland ist weiterhin Teil des weltweiten Gefahrenraumes und liegt im unmittelbaren Zielspektrum islamistisch-terroristischer Gruppierungen. Die Gefährdung deutscher Interessen im In- und Ausland besteht auf hohem Niveau fort.

Deutschland zählt in den Augen gewaltbereiter Islamisten zu den Unterstützern der USA und Israels. Die Beteiligung Deutschlands am weltweiten Kampf gegen den islamistischen Terrorismus wird von Islamisten als Rechtfertigung für ihre Aktivitäten angeführt. Insbesondere das deutsche Engagement in Afghanistan ist verstärkt in den Fokus islamistischer Terroristen gerückt.

Am 9. Dezember 2008 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf einen der Angeklagten im so genannten „Kofferbomber-Prozess“ zu lebenslanger Haft. Gegen die drei im September 2007 festgenommenen mutmaßlichen Anhänger der „Islamischen Jihad-Union“ (IJU) wurde am 2. September 2008 Anklage vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben. Die Gruppe soll Sprengstoffanschläge in Deutschland, insbesondere auf US-amerikanische Ziele, geplant haben.

Hierin zeigte sich erneut, dass Deutschland von islamistischen Terroristen nicht mehr nur als Vorbereitungs- und Rückzugsraum betrachtet wird. Vielmehr ist Deutschland zu deren Operationsgebiet geworden. Innere und äußere Sicherheit sind längst nicht mehr so wie früher voneinander zu trennen.

Angeleitet von der Ideologie des gewalttätigen „Jihad“, verstanden als „heiliger Krieg“ zur Verteidigung und Ausbreitung des Islam, versuchen Islamisten auch hier, ihre Vorstellun-

gen von einer „islamischen Gesellschaft“ durchzusetzen, die mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar sind.

Eine Gefahr für die innere Sicherheit geht auch von islamistischen Organisationen aus, die nicht dem internationalen islamistischen Terrorismus zuzuordnen sind, sondern regional agieren. Diese Organisationen wollen die in ihren Herkunftsländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen durch ein strikt islamistisches Staatswesen auf der Grundlage des islamischen Rechts, der Scharia, ablösen. Die Mehrzahl dieser Organisationen agiert in ihren Heimatländern auch mit terroristischen Mitteln. In Deutschland setzen sie ihre Schwerpunkte auf die Betreuung und Beeinflussung ihrer Landsleute sowie auf Spendensammlungen zur Unterstützung der Aktivitäten ihrer Mutterorganisationen in den jeweiligen Heimatländern.

29 islamistische Organisationen bilden mit etwa 34.720 Mitgliedern/Anhängern (2007: 33.170) das größte extremistische Potenzial. Stärkste Gruppe blieb die türkische "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG) mit etwa 27.500 fest in die Organisation eingebundenen Personen; darüber hinaus verfügt sie über mehrere zehntausend Sympathisanten und Unterstützer.

Den Gruppierungen aus dem arabischen Raum haben im Jahr 2008 einen Anstieg ihrer Mitgliederzahl auf ca. 4.050 (2007: 3.390) Personen erfahren. Mitgliederstärkste Organisation ist die „Muslimbruderschaft“ (MB) mit unverändert ca. 1.300 Anhängern. Die zweitgrößte Gruppierung, die libanesische „Hizb Allah“ (Partei Gottes) verfügte unverändert über ca. 900 Anhänger.

dd. Ausländerextremismus (ohne Islamismus)

Leider bedrohten auch im Jahr 2008 sicherheitsgefährdende extremistische und terroristische Bestrebungen von Ausländern die innere Sicherheit. Diese Aktivitäten extremistischer Ausländergruppen werden vornehmlich von den politischen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen in den Herkunftsländern bestimmt. Deutschland wird von den meisten dieser Organisationen als sicherer Rückzugsraum betrachtet, von dem aus sie ihre Ziele im

Heimatland durch Agitation verfolgen und ihre Mutterorganisationen auch materiell unterstützen können.

Die Ideologie linksextremistischer Ausländerorganisationen wird insbesondere durch eine marxistisch-leninistische sowie maoistische Weltanschauung geprägt. Ziel dieser - in der Mehrzahl türkischen - Gruppierungen ist die „revolutionäre“ Zerschlagung der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Errichtung sozialistischer bzw. kommunistischer Systeme in ihren jeweiligen Herkunftsländern.

Bei den nicht islamistischen sicherheitsgefährdenden bzw. extremistischen Ausländerorganisationen ist das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der 45 Organisationen mit 24.750 Personen gegenüber dem Vorjahr (2007: 25.250) leicht zurückgegangen. Das Potenzial der linksextremistischen oder linksextremistisch-geprägten Ausländergruppierungen blieb mit 16.870 gleich, indes ging die Mitglieder- und Anhängerzahl der nationalistischen Ausländergruppierungen auf 7.880 (2007: 8.380) Personen zurück.

Dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ wurden 1.484 (2007: 902) Straftaten, hiervon 143 (2007: 129) Gewalttaten, zugeordnet. In diesem Bereich wurden 1.312 (2007: 747) Straftaten mit extremistischem Hintergrund, darunter 113 (2007: 108) Gewalttaten erfasst. Damit stieg die Zahl der Straftaten im Bereich „Politisch motivierter Ausländerkriminalität“ mit extremistischem Hintergrund deutlich – nämlich um 75,6 Prozent; die Zahl der Gewalttaten in diesem Bereich stieg um 4,6 Prozent.